

Rückmeldeabschnitt einsenden an: DFG-VK
Schwanthalerstr. 133, 80339 München

- Ich unterstütze die Kampagne „Zukunft sichern - abrüsten“
- Ich bestelle.... Expl. des Faltblattes „Da kriegst die Krise“
- Ich will mehr Informationen über „Zukunft sichern - abrüsten“
- Ich will mehr Informationen über die DFG-VK
- Ich will mehr Informationen über das HMV- Bildungswerk

Name

Adresse

Unterschrift

DIE KRISE ALS CHANCE

Die Verschuldungs- und Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte hat einen Höhepunkt an Destruktivität erreicht. Sie bedroht den sozialen Frieden, den Weltfrieden und unsere ökologischen Lebensgrundlagen.

Zugleich eröffnet sie die Chance, umzudenken und ein besseres Wirtschaftssystem zu entwickeln:

1. Kein Staat auf Pump

Der Staat muss seine Unabhängigkeit von den Finanzmärkten wiedererlangen.

Staatsausgaben müssen im wesentlichen aus den laufenden Steuereinnahmen bezahlt werden. Welche Ausgaben wirklich notwendig sind, muss in demokratischen Verfahrensweisen entschieden werden.

Zum Abbau der Staatsverschuldung muss auch über ungewöhnliche Wege nachgedacht werden, z.B.

- die Streichung aller staatlichen Schulden um 50%

Impressum: „Da kriegst die Krise“ wurde entwickelt und getextet von Aktiven der DFG-VK München, mit Beiträgen von Johanna Pfeffer, Harald Will, Hajo Pradt und Thomas Rödl; Herausgeber: Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern mit Unterstützung der DFG-VK Gruppe München und des Pax an Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V. Werastr. 10, 70182 Stuttgart, Mail: kontakt@pax-an.info, Web <http://www.pax-an.info>; Druck: Das Freie Buch, München; Gestaltung: Nicole Üblacker; V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK

- die Abschaffung des Zins- und Zinseszinssystems
- eine einmalige einschneidende Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre
- Abschaffung der Bundeswehr und Streichung des Militäretats

2. Innerstaatliche Verteilungsgerechtigkeit

Der soziale Friede erfordert ein ausgewogenes und demokratisch bestimmtes Verhältnis zwischen Arbeitseinkommen, Sozialausgaben, Infrastrukturausgaben und ggf. Erträgen aus Kapitalanlagen; ein System, in dem die Chancen zur Teilhabe gerecht verteilt sind.

Eine Vermögenssteuer kann dem Auseinanderklaffen der Schere zwischen Reich und Arm entgegenwirken.

3. Abschied vom ökologisch zerstörerischen Wachstum - Entwicklung intelligenter Techniken

Es ist nicht alles gut, was wächst. Das globale Wirtschaftswachstum und die Verschwendung von Energie und Ressourcen zugunsten weniger reicher Länder hat ökologische Probleme geschaffen, die die Existenz der Menschheit bedrohen.



Erforderlich ist eine wirkungsvolle Förderung intelligenter Techniken zum Recycling von Roh- und Wertstoffen, für die Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme, sowie anderer Techniken, die zu einem sparsameren Verbrauch an Ressourcen führen.

Gleichzeitig liegt es an „jedermann“, zu sparen.

Sinnloser Konsum und massenhafter Kauf von Wegwerfware fördern zwar die Inlandsnachfrage, haben aber negative Konsequenzen für uns alle. Konsumsteigerung führt nicht zu mehr Lebensqualität.

Kriegswaffen schaden uns daher nicht erst dann, wenn sie Menschen töten oder verwunden, wenn sie Häuser oder Ölfelder in Brand setzen, sondern ökonomisch und ökologisch bereits bei ihrer Produktion.

4. Keine Verteilungskriege - Militär abschaffen Rohstoffreserven müssen international gerecht verteilt werden.

Art. 14 GG (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.

Sie dürfen nicht durch heiße oder kalte Kriege verschlissen werden. Es braucht Verhandlungen auf Augenhöhe, internationale Vereinbarungen und den Aufbau gerechter internationaler Handelsbeziehungen. Ein Vorrecht der wirtschaftlich und militärisch Stärkeren – wie es die NATO-Staaten für sich in Anspruch nehmen – steht im Widerspruch zum Völkerrecht und zu elementaren Werten unserer Zivilisation. Kein Faustrecht! Kein Militär! Weitere Informationen:

www.schritte-zur-abruestung.de, www.no-militar.org

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung dieser und weiterer Informationsmaterialien.

Konto No 33 60 68- 851 des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes e.V., bei der Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, (Spenden steuerlich absetzbar)

**Kontakt: DFG-VK
Schwanthalerstr. 133,
80339 München
muenchen@dfg-vk.de**



Da KRIEGst die KRISE

Pleiten, Politik und Panzer – geht's noch ?

In immer kürzeren Abständen werden Regierung, Parteien und ihre sogenannten Experten von neuen Krisen überrascht. Sie haben uns nicht gewarnt, konnten sie nicht verhindern und haben keinen Plan zur Lösung.

Denn die Ursachen sitzen in dem System, das den Staat derzeit im Würgegriff hält ...

Das Zins- und Zinsszinssystem und die unkontrollierte Kreditvergabe der Banken führen zu einer Vermehrung der Geldmenge, der keine realen Werte gegenüberstehen.

Obwohl ständiges Wachstum ökonomisch und ökologisch zu einem Desaster führt, predigt die Politik weiter das Credo vom Wirtschaftswachstum.

Arbeitnehmer müssen auf Lohnerhöhungen verzichten zugunsten des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ – gleichzeitig gehen europäische Nachbarländer aufgrund des deutschen Exportüberschusses wirtschaftlich kaputt.



Eine verfehlte Steuerpolitik begünstigt große Unternehmen und hohe Einkommen, belohnt Spekulantentum und führt zu mehr Armut.

Der Staat hat sein Vermögen ausverkauft, Staatsausgaben werden auf Pump finanziert, die immer wachsenden Staatsschulden führen zu immer mehr Abhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten.

Eine wichtige Ursache der Staatsverschuldung(en) wird meist vergessen:

KRIEG AUF PUMP – DAS MILITÄR ALS SCHULDENTREIBER NO 1!

USA:

Die USA haben derzeit nach offiziellen Angaben über 15 000 Milliarden Dollar Staatsschulden. Knapp die Hälfte davon hat die Regierung von Präsident Bush mit der Finanzierung der Kriege im Irak und in Afghanistan verursacht. (Süddeutsche Zeitung 2.8.2011).



Doch nicht nur Kriege werden mit der „nationalen Kreditkarte“ bezahlt, sondern alle Kosten für Rüstung und Militär.

Die USA haben seit dem Jahr 2000 ihren Militäretat verdoppelt. 2011 gibt die US-Regierung gut 910 Milliarden Dollar für Waffen, Militär und Krieg aus (Spiegel-Online 02.08.2011).

40 Millionen US- BürgerInnen leben in Armut und die Infrastruktur verfällt.

Griechenland:

In Europa gilt zur Zeit Griechenland als „Schuldensünder Nummer 1“. Deshalb werden dem Land jetzt härteste Sparauflagen gemacht. Rüstungsgeschäfte sollen davon ausgenommen werden. Schon 2009 drängte Bundesaußenminister Westerwelle die Regierung in Athen zum Kauf von 40 Eurofighter- Kampfflugzeugen für vier Milliarden Euro. Und 2010 unterschrieb die griechische Regierung einen Vertrag über den Kauf von zwei neuen U-Booten für ca. 1 Mrd. €. Gleichzeitig musste sie den Kauf von 6 Kriegsschiffen in Frankreich für 6 Mrd. € vereinbaren, um weitere Kredite zu erhalten. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=5409>:

Deutschland:

Das „Verteidigungs“-ministerium hat über 30 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Würde man diese Mittel ganz streichen, könnte der Bund auf die für 2012 vorgesehene Neuverschuldung von 26 Mrd. € komplett verzichten.



Die Staatsschulden betragen inzwischen mehr als 2 Billionen Euro. Der Bund muss 2012 etwa 40 Mrd. Euro Zinsen zahlen.

Die Rüstungsausgaben der letzten 20 Jahre addieren sich auf ca. 600 Milliarden € - beinahe ein Drittel der Gesamtverschuldung. Rechnet man die bereits gezahlten Zinsen und Zinsszinsen dazu, so liegt der auf die Rüstung entfallende Schuldenanteil weitaus höher.

„Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“

Albert Einstein

Demgegenüber wird vor allem im sozialen Bereich gespart. So muss z.B. die Bundesanstalt für Arbeit in den nächsten drei Jahren auf Staatszuschüsse in Höhe von gut 10 Milliarden Euro verzichten. Konsequenz: der Etat für Arbeitsförderungsmaßnahmen muss drastisch zusammengestrichen werden.

Es gibt immer mehr Arme in einem reichen Land. Die Massenkaufkraft sinkt, die innerstaatliche Wirtschaft wird kaputt gespart.

Andere überschuldete Länder werden dazu gedrängt, diesem Beispiel zu folgen.

WOZU MILITÄR ?

Wer in einer globalisierten Welt noch immer militärisch denkt und handelt, will nicht Armut bekämpfen, sondern die Armen!

Der Wirtschaftskrieg um Öl, Rohstoffe und Absatzmärkte ist in vollem Gange. Eine globale Aufrüstung steuert auf einen heißen Krieg um knappe Ressourcen zu. Nach

Zukunft Sichern - Abrüsten!



- Kein Krieg in meinem Namen
- Keine Soldaten im Ausland
- Keine ausländischen Militärstützpunkte
- Keine Atomwaffen
- Kein Rüstungsexport
- Kein Geld für die Rüstung
- Militär abschaffen!**
- Für zivile Konfliktbearbeitung

Dafür will ich mich einsetzen!
mehr Infos: www.no-militar.org

dem „Terrorismus“ wird China als neuer Feind aufgebaut und mit Stützpunkten eingekreist.

Der sogenannte Krieg gegen den Terror der letzten 10 Jahre diente der Beseitigung von Regimen, die den wirtschaftlichen Interessen der USA bzw. der NATO- Staaten im Wege standen. Im Irak, in Afghanistan und jüngst in Libyen ging es um den Zugriff auf Öl, Rohstoffe und Pipeline- Routen.

Die Bundeswehr wird derzeit zwar verkleinert - nicht aber der Etat für Rüstung und Militär. Sie wird weiter zu einer Interventionstruppe umgebaut, die 10.000 Soldaten für Auslandseinsätze aufbieten kann. Dabei wurde der im Grundgesetz verankerte Begriff der „Verteidigung“ so weit gebogen, dass wirtschaftlich motivierte Angriffskriege wieder möglich sind.

Daher werden die Militär-Etats nicht angetastet.

Die traditionelle militaristische Denkweise, die Krieg als legitimes Mittel der Politik betrachtet, der Einfluss der Rüstungslobby und der Ölindustrie verhindern kreative Lösungen.